

Kenntnisnahme	Vorlagen - Nr.:	VO/1395/2012	TOP
	Status: Datum:	öffentlich 19.06.2012	
<u>Dezernat:</u>	III		
<u>Fachdienst:</u>	40 - Schule		
<u>Sachbearbeiter/in:</u>	Herzberger-Boss, Heidi Etzelmüller, Hans-Jürgen		
<u>Beratende Gremien:</u>	Magistrat Schul- und Kulturausschuss Kinder- und Jugendparlament		

WLAN an Schulen

Der Magistrat wird gebeten, von der nachfolgenden Konzeption zur Einrichtung von WLAN an Schulen Kenntnis zu nehmen.

Begründung:

Die Stadtverordnetenversammlung hat im Oktober 2011 auf der Grundlage eines Antrages des Kinder- und Jugendparlamentes beschlossen, den Magistrat damit zu beauftragen, die Bereitstellung von freiem WLAN an Marburger Schulen zu prüfen.

Mit freiem WLAN ist gemeint, zusätzliche Nutzungsmöglichkeiten des Internets in nicht beaufsichtigten Räumlichkeiten wie Cafeterien, Foyers, Schülerarbeitsräumen an Schulen zur Verfügung zu stellen.

Zwischenzeitlich wurde ein Meinungsbild aller Schulen eingeholt, das den Wunsch der Sekundarstufen und beruflichen Schulen nach WLAN bestätigte, die Grundschulen jedoch keine pädagogische Notwendigkeit dafür sehen.

In zwei Arbeitsgruppensitzungen mit Vertreter/-innen der Schulen wurden die Nutzungsmöglichkeiten (z. B. die Intensivierung des selbstständigen Lernens), aber auch die Risiken (z. B. die Gesundheitsgefährdung durch Emissionen) eingehend erörtert. Die Schulen sind sich der Notwendigkeit einer konzeptionellen Einbindung in ein Medienbildungskonzept sowie der Absicherung durch technische und pädagogische Sicherheitsmaßnahmen bewusst. Ebenso ist die Zustimmung der Schulgemeinde unerlässlich.

Es wurde vereinbart, mit jeweils einer beruflichen Schule und einem Gymnasium in einer Testphase zu starten, wobei auch die Erfahrungen aus der im Jahr 2010 erfolgten

Ausstattung der Adolf-Reichwein-Schule mit einem Campus-WLAN einbezogen werden können.

Die vorgesehenen Schulen, nämlich die Kaufmännischen Schulen und die Martin-Luther-Schule wurden zur Erstellung eines Nutzungskonzeptes aufgefordert.
Für die konkrete Umsetzung sollen für den Haushalt 2013 30.000 € beantragt werden.

Eine Ausweitung auf weitere Schulen sollte jeweils einer neuen Prüfung unter Berücksichtigung der Entwicklung mobiler Netze und Endgeräte unterliegen.
Der Magistrat wird über den Fortgang in dieser Frage informiert.

Nach Kenntnisnahme durch den Magistrat wird die Vorlage dem Schul- und Kulturausschuss und dem Kinder- und Jugendparlament zur Kenntnis gegeben.

Dr. Kerstin Weinbach
Stadträtin

Beschlussfolgeabschätzung (BFA) – Die Vorlage hat folgende Auswirkungen:

1. Kostenzusammenstellung – Einmalkosten

- Es bestehen keine Einmalkosten
- Es bestehen die hier aufgeführten Einmalkosten

Ausgaben Finanzhaushalt	in Euro
Investitionskosten	30.000
Summe Ausgaben Finanzhaushalt	30.000

Anmeldung zum Haushalt 2013.

2. Kostenzusammenstellung – Folgekosten

- Es bestehen keine Folgekosten
- Es bestehen die hier aufgeführten Folgekosten

3. Weitere Auswirkungen

- Es bestehen keine weiteren Auswirkungen
- Es bestehen folgende weitere Auswirkungen
(z. B. familienpolitische Auswirkungen, Auswirkungen auf Gender Mainstreaming, Auswirkungen der Beschlüsse auf die demographische Entwicklung der Stadt Marburg)